



Samstag, 09. November 2019, 15:00 Uhr
~28 Minuten Lesezeit

Enttäuschte Erwartungen

Die Ostdeutschen hatten sich die deutsche Wiedervereinigung ganz anders vorgestellt.

von Stefan Korinth
Foto: [insideportugal/Shutterstock.com](https://www.shutterstock.com/insideportugal)

Im Rubikon-Interview berichtet der Berliner Soziologe Uwe Markus über das Stimmungsbild der DDR-Bevölkerung im Wendeherbst 1989, über den Wissensstand des Politbüros und über die falschen Einheitshoffnungen ostdeutscher Arbeiter.

Rubikon: Herr Markus, Sie haben als Sozialforscher in der DDR gearbeitet. Ihre Kollegen und Sie haben in den 1980er Jahren in

Umfragen und Studien die Stimmung in der Bevölkerung erfragt. Wie sah diese denn im Wendeherbst 1989 aus?

Uwe Markus: Wer die Wendezeit erlebt hat, der kann sich an die Stimmung von damals sicher gut erinnern. Es war eine ganz eigenartige Mischung. Auf der einen Seite hat man gemerkt, es gibt in der Bevölkerung einen massiven Vertrauensverlust in die politische Führung und in deren Fähigkeit, sich auf neue Realitäten einzustellen. Es gab damals dieses geflügelte Wort des „Realitätsverlusts der Greise im Politbüro“. Dafür gab es verschiedene Indikatoren. Dazu gehörte, dass das Politbüro Glasnost und Perestroika ablehnte, die Zeitung *Sputnik* verbot und viele andere Dinge. Man hat Erich Honecker und anderen Herren, die dort Jahrzehnte an der Spitze standen, nicht mehr getraut.

Zudem gab es eine ganz massive Entfremdung von diesem Gesellschaftssystem und vom Staat, weil die Leute gesehen haben, dass viele Dinge nicht so laufen, wie erwartet. Dass die Versprechen, die immer gemacht wurden, nicht eingehalten wurden.

Es gab einen Perspektivverlust, das heißt, man konnte nicht mehr erklären, wo es in dieser Gesellschaft eigentlich hingehen soll. Man hat überall Erosionserscheinungen gesehen. Die Lebensqualität ging zurück. Die Politik konnte keine Antworten mehr geben. Das alles hat zu einem massiven politischen Überdruß geführt. Niemand hat dieser Führung mehr zukunftsgerichtete Politik zugetraut.

„Überall herrschte große Ratlosigkeit“

1987 und 1988 habe ich Untersuchungen in zwei großen Unternehmen durchgeführt. Im damaligen Kombinat „Fritz Heckert“ in Karl-Marx-Stadt, heute Chemnitz. Das war ein großer Werkzeugmaschinenbaubetrieb. Und in Radebeul beim

Unternehmen „Planeta“. Die haben Druckmaschinen produziert und waren weltweit sehr gut aufgestellt. In beiden Standorten habe ich mich mit der Entwicklung der Lebensqualität beschäftigt. Da ging es sowohl um die Arbeitsbedingungen als auch um das städtische Umfeld. Und mir konnte damals bereits von den dortigen Leuten mit Entscheidungsbefugnis niemand sagen, in welche Richtung es politisch und ökonomisch gehen sollte.

Man hat überall nur den Mangel verwaltet und versucht, Lücken zu stopfen. Die Lücken in den Unternehmen sind vor allem dadurch entstanden, dass Leute Ausreiseanträge gestellt und diesem Land den Rücken gekehrt hatten. Es gab überall eine recht große Ratlosigkeit. Es war erkennbar, dass man mit diesen ständig wiederholten Parolen aus Parteitagsbeschlüssen in der Praxis relativ wenig anfangen konnte.

Das, was 1989 eskalierte, hatte natürlich eine Vorgeschichte. Der gesellschaftliche Erosionsprozess begann Mitte/Ende der 1970er Jahre. 1972 gab es noch eine gewisse Aufbruchsstimmung, als Erich Honecker auf dem achten Parteitag sein Programm von der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ vorstellte. Man hatte kurz den Eindruck, nun kann es mit der Entwicklung der Lebensqualität im Alltag vorangehen. Ein paar Jahre später hatte sich diese Euphorie sehr abgeschwächt.

Die Enttäuschung war groß, dass viele der postulierten Ziele nicht eingehalten wurden. Das lag auch an äußeren Faktoren wie dem westlichen Technologieembargo, der veränderten Lage auf den Weltmärkten, den Funktionsdefiziten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und den zunehmenden wirtschaftlichen Problemen der UdSSR. Aber es gab auch innere Faktoren wo sich Behörden im Weg standen, wo Entscheidungsprozesse zu schwerfällig, wo Entscheidungsstrukturen verkrustet waren. Und die DDR hatte nicht die Wirtschaftskraft, den notwendigen technologischen Umbruch in der Industrie weitgehend auf sich

gestellt zu bewältigen.

„Der Staatsführung war die schlechte Stimmung sehr wohl bekannt“

Sie sprachen vom „Realitätsverlust der Greise im Politbüro“. War denen die extrem negative gesellschaftliche Stimmung tatsächlich nicht bekannt?

Es gab in der DDR etliche soziologische Analysen, die diesen gesellschaftlichen Zustand richtig abbildeten. Oft kamen die vom Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig. Aber es gab auch entsprechende Untersuchungen an der Akademie der Wissenschaften, bei der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee (ZK) der SED oder der Akademie der pädagogischen Wissenschaften.

Die gesellschaftlichen Fehlentwicklungen waren zumindest den Wissenschaftlern bekannt und wurden diskutiert. Und die Forschungsergebnisse wurden auch den politischen Entscheidungsträgern zur Kenntnis gebracht. Das war ja der erklärte Sinn solcher Forschungsprojekte – Fehlentwicklungen zu erkennen und im politischen Prozess zu korrigieren. Tatsächlich war es ein Umsetzungsproblem. Man wusste also innerhalb der politischen Führung durchaus oder konnte zumindest wissen, in welche Richtung sich die Stimmung der Bevölkerung entwickelt. Man hatte aber weder die Kraft noch den Willen, entsprechende Reformen umzusetzen. Die Dynamik der Entwicklung wurde offensichtlich unterschätzt. Es gab eine Stagnation im politischen Entscheidungsprozess.

Das heißt, diesen Realitätsverlust in der DDR-Führung, von dem man oft hört, gab es nicht? Oder haben die entsprechenden

Studien die oberste Führungsebene vielleicht gar nicht erreicht?

Doch, ich denke, die haben das gewusst. Ich habe damals an der GW-Akademie gearbeitet. Von dort gingen entsprechende Zusammenfassungen der empirischen Studien rüber ans ZK. Es gab die sogenannten Politbürostudien. Die waren genau für den obersten Führungszirkel gedacht. Die waren natürlich an vielen Punkten weichgespült. Die gingen durch etliche Filter. Aber jeder, der durch das Land gefahren ist, hat gesehen, was los ist und gemerkt, dass es viele Probleme gibt, die einer Lösung harren.

Teilweise mag man auf der obersten Führungsebene die Brisanz nicht erkannt haben, aber hauptsächlich oft war es wohl ein Entscheidungs- und Handlungsdefizit. Ich habe mich damals auch immer gefragt, warum da nichts passiert. Wir als Sozialforscher sind ja davon ausgegangen, dass es ein prinzipielles Erkenntnisinteresse der Führung gibt. Das ist ja auch der Sinn von empirischer Forschung, Informationen und Handwerkszeug zu liefern, damit Politik der Realität angepasst werden kann. Genau an dem Punkt passierte aber fast nichts. In der Führung gab es Tabus, an die nicht herangegangen werden durfte.

Welche zum Beispiel?

Die Subventionierung der Mieten, die Subventionierung der Nahrungsmittel, die ganze Frage der Preispolitik. Diese Bereiche wollte man einfach nicht antasten. Man wollte die Mieten nicht differenzierter gestalten. Es wäre dabei noch nicht mal unbedingt um eine Erhöhung gegangen, sondern um eine Differenzierung der Mietpreise je nach Qualität und Zustand der Wohnung. Die Subventionierung von Nahrungsmitteln hat teils zu Fehlentwicklungen geführt.

Also wenn Brot billiger ist als Viehfutter und das dann stattdessen ans Vieh verfüttert wird, dann muss man

politisch reagieren. Aber an diese „heiligen Kühe“ der Subventionierung wollte man in der Staatsführung nicht heran.

Wie gesagt, es gab kein Erkenntnisproblem der Entscheidungsträger. Es gab unzählige soziologische Untersuchungen auch zur Frage der Wohnungsbauprogramme, zur Frage der Stadtentwicklung und so weiter. Da haben sich Leute die Finger wundgeschrieben und sich bemüht, dort etwas zu bewegen. Es ist aber nichts passiert und so entstand ein Problemstau, der nicht mehr ohne weiteres aufgelöst werden konnte.

Bevor wir gleich konkret zu den Umfrageergebnissen kommen, erklären Sie bitte kurz, wie arbeiteten DDR-Soziologen konkret. Wie wurden die Umfragen damals gemacht? Wo haben Sie genau gearbeitet?

Ich habe in Halle studiert und dort waren wir vor allem auf empirische Untersuchungen und Datenauswertung in der Industrie orientiert. Nach dem Studium bin ich 1985 als wissenschaftlicher Assistent an die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED gegangen. Dort kam ich in den Bereich Sozialstrukturforschung, wo es darum ging, die Entwicklung der verschiedenen sozialen Gruppen und ihrer Lebenslagen abzubilden. Also eine zentrale Frage war zum Beispiel: Wie wirken sich technologische Veränderungen auf die strukturelle Zusammensetzung der Gesellschaft aus. Das war damals ein großes Thema. Eine weitere Forschungsgruppe befasste sich mit Stadtentwicklung, eine andere mit der Entwicklung sozialer Strukturen auf dem Lande.

Ich war eingebunden bei einer Untersuchung in den Betrieben, wo es darum ging, unterschiedliche Technologieniveaus zu identifizieren und die gesellschaftlichen Konsequenzen des beginnenden technologischen Umbruchs zu beschreiben. Wir

hatten in der DDR auf der einen Seite total veraltete Betriebe, wo mit Technik fast noch aus der Jahrhundertwende gearbeitet wurde, das kann man sich heute gar nicht mehr vorstellen. Dann gab es ein mittleres Niveau und auf der anderen Seite auch High-Tech-Betriebe. Und wir haben Vergleichsanalysen zur sozialen Lage in diesen Unternehmen durchgeführt.

Und mit welchen Forschungsmethoden haben Sie Ihre Informationen gewonnen?

Unser Vorgehen unterschied sich nicht von den etablierten Methoden der empirischen Sozialforschung, die auch im Westen üblich waren und bis heute üblich sind. Also es gab zum einen große Bevölkerungsumfragen über Stimmungs- und Meinungsbilder. Das geschah mit standardisierten Fragebögen, deren Ergebnisse rechenstechnisch erfasst und anschließend ausgewertet wurden. Dann gab es Fallstudien, etwa in bestimmten Betrieben oder Verwaltungseinheiten. Da hat man sowohl quantitative Methoden wie standardisierte Fragebögen benutzt, aber auch qualitative Methoden wie narrative Interviews, Experteninterviews oder Gruppengespräche angewendet.

Über diesen Methodenmix hat man als Forscher einen durchaus objektiven Blick auf die tatsächliche Stimmungslage in der Gesellschaft bekommen. Die zusammengefassten Ergebnisse sind in den politischen Entscheidungsbereich weitergegeben worden. Darauf, wie das dort dann reflektiert wurde, hatten wir natürlich keinen Einfluss mehr.

„Die Menschen haben in Interviews mit uns Klartext geredet“

Wie offen und ehrlich waren die Leute Ihrer Ansicht nach in den

Interviews? Haben die ihrem Frust freien Lauf gelassen oder haben Sie gemerkt, dass da etwas zurückgehalten wird?

Mein Eindruck war immer positiv, also die haben offen gesagt, was sie dachten. Wir haben den Gesprächspartnern vorher verdeutlicht, dass die Interviews anonymisiert werden. Das haben wir auch eingehalten. Das ist eine Frage der Berufsethik. Es ist so gewesen, dass die Leute dankbar dafür waren, dass mal jemand gekommen ist und sich für ihre Probleme interessiert. Das ist so eine Art Seelsorger-Effekt, den man aus der Umfrageforschung schon seit langer Zeit kennt.

„Endlich hört mir mal jemand zu! Endlich werde ich als Individuum mit meinen Problemen, Ängsten und Hoffnungen wahrgenommen und kann die Dinge so darstellen, wie ich sie sehe.“

Und das haben die Leute auch sehr offensiv gemacht und haben alles benannt, was an Problemen auftrat. Egal ob es um die Arbeitswelt ging, um das kommunale Umfeld, um die Anzahl von Restaurantplätzen, um die Freizeitmöglichkeiten oder das ganze Thema Reisen. Da ist Klartext geredet worden. Die Interviews hatten für die Leute natürlich eine gewisse Ventilfunktion. Sie hatten auch Hoffnung, dass das, was sie sagen, in politische Entscheidungen einfließt und das Land weiterbringt. Das war ja auch für uns Sozialforscher immer die Motivation. Wir hatten die Hoffnung, dass wir durch solche Erhebungen Einsicht in der Politik erzeugen und das System besser und menschenfreundlicher machen können.

Auch im Wendejahr 1989 war die DDR-Sozialforschung aktiv. Sie haben die Studien und Zahlen ja vorliegen. Deuteten sich die Montagsdemos und andere Proteste des Herbstes vorher konkret an?

Ja, es gab entsprechende Untersuchungen auch schon in den Jahren davor. Ich will das mal an einem Beispiel konkret machen. Ein Freund und Kollege von mir, Rainer Thieme, hatte seine Dissertation geschrieben zum Thema „Antragstellungen auf ständige Ausreise – Versuche einer Bilanz aus soziologischer Sicht“. Er weist darin auf die stark erhöhte Zahl der Ausreiseanträge hin. Und da gibt es folgende Kernaussage: Bei der Mehrzahl der Fälle liegt die Ursache in einem „zunehmenden Auseinanderfallen von sich verändernden individuellen Bedürfnissen und den stagnierenden, sich teilweise rückläufig entwickelnden Realisierungsbedingungen“ dafür. Also die Leute kehrten dem Land den Rücken, weil offizielle Selbstdarstellung des Landes und die Alltagsrealität weit auseinanderklafften. Die Menschen sagten: „Hier wird sich auf absehbare Zeit nichts ändern.“

„82 Prozent waren über die Umweltsituation besorgt“

Es gab zum Beispiel auch eine Untersuchung im Bezirk Dresden im Frühjahr 1989. Darin gibt es folgende Aussage: „Dass sich auf wichtigen gesellschaftlichen Gebieten überwiegend oder nur Rückschritte in den 1980er Jahren vollzogen haben“, äußerten in Bezug auf die Versorgung der Bevölkerung 50 Prozent der Befragten. Hinsichtlich der medizinischen Betreuung meinten das 32 Prozent der Befragten. Rückschritte bei der Gestaltung zwischenmenschlicher Beziehungen beklagten 29 Prozent. Und bei der Effektivität der zentralen staatlichen Leitung sahen 26 Prozent erhebliche Probleme. 82 Prozent haben sich über die Umweltsituation besorgt geäußert. Der Verschleißgrad der Maschinen in den Betrieben wurde thematisiert, genauso wie der Verfall der Altbausubstanz – besonders in den Städten Meißen, Görlitz und Riesa.

Eine weitere Studie hieß „Soziale Probleme der Entwicklung von Städten und Dörfern in der DDR“. Das wurde auch in der Akademie veröffentlicht. Zitat daraus: „Nach Auffassung eines beachtlichen Teils der Befragten haben sich wesentliche Lebensbedingungen, die das Wohlbefinden und die Lebensqualität in unserer Gesellschaft beeinflussen, in den letzten Jahren verschlechtert.“ Das betraf insbesondere das Warenangebot. Hier konstatierten damals über 63 Prozent der Befragten eine Verschlechterung.

Die Umweltbedingungen: Knapp über 60 Prozent sahen eine Verschlechterung. Bei der Möglichkeit, sich für sein Einkommen etwas zu kaufen, waren es 44 Prozent, beim Niveau der Dienstleistungen 30 Prozent. Unzufrieden mit der Einbeziehung in die Weiterentwicklung des Wohngebiets waren 43 Prozent der Probanden und mit den Einkaufsmöglichkeiten 47 Prozent. Mit den Dienstleistungen und Reparaturen: 46 Prozent. Mit der Umweltsituation: 58 Prozent. Rund 15 Prozent der Befragten wurden als potenzielle Ausreisekandidaten eingeschätzt. Auch diese Studie ist 1989 abgeschlossen worden.

Gab es bestimmte Orte, wo die Unzufriedenheit besonders hoch war?

Sehr problematisch war es in Klein- und Mittelstädten. Dort gab es viel weniger Investitionen, viel weniger Wohnungsbau, weil die Kapazitäten dafür nach Ost-Berlin beziehungsweise in die Bezirksstädte abgezogen worden waren. Die Klein- und Mittelstädte waren abgekoppelt und besonders stark verschlissen. Dort wurde auch schnell die Abrissbirne eingesetzt, weil man die hohen Kosten für die Sanierung von Altbauten nicht tragen wollte und konnte. Dort waren auch die sonstigen Versorgungsverhältnisse ausgesprochen schlecht. In der eben genannten Studie steht zu den kleinen und mittleren Städten: „59 Prozent der befragten Bürger sind unzufrieden mit der allgemeinen Wohnungssituation im Wohnort, 54 Prozent mit der Entwicklung des Wohnortes in den

letzten zehn Jahren.“ In solchen Städten hielten 49 Prozent der Befragten ihren Wohnort für unsauber, 26 Prozent für hässlich und 50 Prozent für langweilig.

„An der DDR-Stagnation war auch der Wirtschaftskrieg des Westens schuld“

Sie reden immer wieder von der Stagnation in der DDR. Können Sie aus soziologischer Sicht mal erläutern, was konkret die Gründe dafür waren? So dass Menschen, die nicht in der DDR gelebt haben, sich in die Zeit und Situation hineinversetzen können. Welche Alltagsmechanismen waren verantwortlich für die Blockade und Perspektivlosigkeit der Gesellschaft?

Ja, die DDR ist ja in den 1950er Jahren tatsächlich als sehr dynamische Gesellschaft aufgebrochen. Aus meiner Sicht gibt es vier entscheidende Aspekte, um Ihre Frage zu beantworten. Das erste sind wirtschaftspolitische Ursachen. Schon in der Gründungsphase hatte es einen Wirtschaftskrieg des Westens gegen diesen Staat gegeben – verbunden mit der Unterbrechung vieler traditioneller arbeitsteiliger Beziehungen. Also mussten neue Wirtschaftsstrukturen aufgebaut werden, um sich gegen westliche Störversuche – etwa im Bereich der Stahlerzeugung – abzusichern. Das erforderte erhebliche Investitionen, die anderswo fehlten. Hinzu kamen die Reparationen, die bis Anfang 1954 an die UdSSR zu zahlen waren. In einigen Bereichen hat sich die DDR von dem damaligen Aderlass bis zu ihrem Ende nicht erholen können.

Ab Ende der 1960er blieb die DDR technologisch immer mehr hinter der Bundesrepublik zurück. Diverse westliche Technologieembargos verstärkten diesen Trend bis in die 80er. Was man im Westen nicht kaufen konnte, musste man selbst entwickeln oder unter Umgehung der Embargos beschaffen – ein extrem

kostentreibendes Unterfangen. Auch die technologische Schwäche der Sowjetunion in der Zivilwirtschaft und die Mängel des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) sind äußere Gründe.

Zudem gab es einen ökonomischen Investitionsstau. In den 1980er Jahren gab es nur noch Re-Investitionen in die Wirtschaft von zehn bis zwölf Prozent des jährlichen Nationaleinkommens. Das war eindeutig zu wenig und führte zu einem Verschleiß der Produktionsmittel, der Infrastruktur und zu extremen Umweltproblemen. Letzteres bewirkte weitere Einschränkungen der Lebensqualität. Wenn Sie sich den Bezirk Halle in Erinnerung rufen, diesen Chemiebezirk mit unzähligen Betrieben und deren Verschmutzungen von Luft und Wasser, dann können Sie niemandem erzählen, dass das positive Bedingungen für ein gutes Leben sind.

„Die DDR hat ihre Leistungsmechanismen selbst ausgehebelt“

Die zweite Ursache war eine sozialstrukturelle. Die DDR wollte massive soziale Ungleichheiten hinsichtlich der Bildungs- und Lebenschancen beseitigen, was ihr auch weitgehend gelungen ist. Das gehörte zum Selbstverständnis dieses Staates und war ein wesentlicher Legitimationshintergrund. Und das bleibt eine enorme historische Leistung. In der Gründungsphase wurde gerade über die Bildungspolitik viel für die sozialstrukturelle Öffnung der Gesellschaft und für den sozialen Aufstieg bislang benachteiligter Gruppen getan.

Die DDR war aber auch eine Industrie- und Leistungsgesellschaft. Sie musste sich über die Steigerungen der Arbeitsproduktivität entwickeln.

Individuelle Leistung musste also zumindest teilweise Maßstab für Einkommen und Konsum bleiben.

Leistungsabhängige soziale Unterschiede waren in dieser Phase der Entwicklung unverzichtbar. Die Politik hatte aber sozialpolitische Ausgleichsmechanismen eingeführt wie die Angleichung von Löhnen und Gehältern unterschiedlicher Qualifikationsgruppen und diverse Sozialleistungen, die unabhängig von der individuellen Leistung zugänglich waren. Das bewirkte sukzessive eine zunehmende Statusangleichung der verschiedenen sozialen Gruppen. In der Soziologie spricht man von Nivellierung.

Diese Mechanismen verhinderten häufig, dass sich individuelle Leistung für den Einzelnen auch lohnte. Das Einkommen wurde tendenziell von der individuellen Leistung oder Qualifikation abgekoppelt. Also wenn ich beispielsweise als Ingenieur weniger verdiene als ein Facharbeiter oder als Wissenschaftler keine größere Wohnung als die zugewiesene bekommen kann, um mir dort ein Arbeitszimmer einzurichten, dann hat man persönlich ein Problem, sich in so einer Gesellschaft produktiv zu verhalten und seine Fähigkeiten einzubringen.

Es war immer Thema bei uns an der Akademie, wie sich massive soziale Ungleichheiten verhindern lassen, aber gleichzeitig maßvolle soziale Abstufungen genutzt werden können, um die Gesellschaft produktiver zu machen. Die Menschen müssen Anreize haben, sich fortzuentwickeln, sich zu qualifizieren, aufzusteigen. Diese Mechanismen wurden nicht im erforderlichen Maß genutzt, weil die politische Vorgabe lange Zeit hieß: „Wir wollen letztlich die klassenlose Gesellschaft“ und weil man meinte, sich diesem Fernziel über sozialpolitische Umverteilungsmechanismen nähern zu können.

„Der Zugang zu guten Waren war nicht von der Leistung abhängig, sondern von Westverwandtschaft“

Das Problem ging noch weiter: Wenn der Ausdruck der individuellen Arbeitsleistung das Arbeitseinkommen ist, dann muss die Wirtschaft auch entsprechende Waren und Produkte bereitstellen, die die Leute für das Einkommen in ihrer (Binnen-)Währung kaufen können. Nur dann ist der individuelle Wohlstand abhängig von dem, was ich beruflich leiste. Wenn es aber – so wie in der DDR – eine zweite Währung gibt in Form der D-Mark oder in Form der Forum-Schecks, dann ist der Zugang zu bestimmten attraktiven Gütern, die man damals im Intershop kaufen konnte, nicht mehr von der individuellen Arbeitsleistung abhängig, sondern davon, ob man Verwandtschaft in Westdeutschland hat oder nicht.

Die DDR hat also durch ihre soziale Nivellierungspolitik und die inoffizielle Akzeptanz einer zweiten Währung das eigene Leistungsbewertungssystem ausgehebelt. Wenn die Leute gesehen haben, es gibt bestimmte Waren nur im Intershop gegen „harte Währung“ und dass sie dort keinen Zugang haben, egal, wie sie sich anstrengen oder wenn jemand sieht, dass er nach einem Studium materiell schlechter gestellt ist als ohne Studium, dann funktioniert das alles nicht. Diese Probleme hatten Auswirkungen auf die Gesamtgesellschaft.

„Die Konsummöglichkeiten wurden immer mit denen der BRD verglichen“

Und der dritte Grund für die Stagnation war?

Das waren die großen Defizite in der Lebensqualität – also etwa der

Zustand der Umwelt, der Zustand der Wohnungen, das Stadtbild, die Freizeit- und Reisemöglichkeiten. Habe ich die Chance, mal nach Paris oder woanders ins westliche Ausland zu fahren? Wenn das auf Dauer verunmöglicht wird, nicht nur aus finanziellen Gründen, sondern weil Verantwortliche meinen, die Leute bleiben „drüben“ und das soll verhindert werden, dann schafft der Staat latentes Misstrauen und die Leute fühlen sich bevormundet.

Zur Lebensqualität gehört natürlich auch die Frage der Konsummöglichkeiten. Das war ein Riesenproblem in der DDR. Gerade daran haben die Menschen immer wieder bemerkt, dass diese Gesellschaft bestimmte selbst vorgegebene Standards nicht erfüllen konnte. Natürlich muss man dazu wissen, dass die DDR-Bürger als Referenzsystem immer die Bundesrepublik im Kopf hatten. Das heißt der Konsum in der BRD war der Maßstab für die Zufriedenheit mit dem Konsum in der DDR. Auch die DDR-Führung hat so gedacht. Da hat man immer mit dem westlichen System gewetteifert. Und wenn man diese Maßstäbe übernimmt, muss man sich nicht wundern, dass man diesen Wettbewerb wegen der anderen Voraussetzungen nicht gewinnen kann.

Und die vierte Ursache ist die politische Gängelung und Entmündigung. Es gab starke Demokratiedefizite. Offiziell wollte man die Menschen einbeziehen, aber stellte das immer unter diesen engen politischen Vorbehalt. Das ging den Leuten auf die Nerven.

Die ständigen Parolen, die ständige Agitation, die ständigen Aufmärsche, die einseitig berichtenden Medien. Die Menschen haben sich dann lieber über westdeutsche Medien informiert, weil sie den Eindruck hatten, dort gebe es objektive Informationen. Das alles führte zur Entfremdung und zur Abkehr von diesem Staat.

Aber wie schon gesagt, das war der politischen Führung alles bekannt. Es gab kleinere Versuche, gegenzusteuern. Zum Beispiel

beim Jugendfernsehen „elf99“ oder dem Jugendradio DT64. Es wurde dort Ende der 80er versucht, die jungen Leute anders anzusprechen und die Dinge offener zu handhaben. Gleichzeitig gab es Glasnost und Perestroika. Das zeigte den Leuten, es ist plötzlich möglich, über Dinge zu sprechen, die bis dahin tabu waren. Aber eine DDR-spezifische Diskussion der immer schwieriger werdenden Systemrealität fand offiziell nicht statt. Die Leute haben also der DDR innerlich gekündigt und sich ins Private zurückgezogen. Deshalb gab es Resignation und Stagnation.

„Mindestens ein Drittel der Leute sah keine Perspektive mehr“

Wie hat sich denn diese Resignation in Umfragen konkret geäußert?

Zur Perspektivlosigkeit gibt es ein schönes Zitat aus einer der vorhin genannten Studien: „Gerade auch bei jenen Lebensbedingungen, die die Werktätigen am kritischsten beurteilen, denen nach ihrer Meinung in der Politik eine höhere Priorität eingeräumt werden sollte, erwartet etwa ein Drittel der Befragten bis zum Jahre 2000 keine spürbare Verbesserung. Das ist umso schwerwiegender, als es sich hierbei um Themen und Probleme handelt, die die sozialistische Gesellschaft ohnehin schon seit vielen Jahren begleiten.“ Das ist eine Aussage aus der Studie von 1989.

Ein Drittel der Bürger hat Ende der 1980er keine Perspektive in der DDR gesehen. Viele haben dann mit den Füßen abgestimmt und es eskalierte ab Sommer 1989. Auch nach Honeckers Entmachtung kamen mit Egon Krenz und den anderen ja keine neuen Leute an die Macht. Die waren auch moralisch verschlissen. Da war bei den meisten Menschen die Schmerzgrenze erreicht und sie haben gesagt: Ich will das alles nicht mehr. Friedrich Schorlemmer, der

damals als Bürgerrechtler aktiv war, hat das 1990 sehr schön auf den Punkt gebracht.

„Nach dem Desaster die Gegenreaktion. Kein Sozialismusexperiment mehr! nur allzu verständlich. Wer gibt die Garantie, dass wir nicht gleich wieder Versuchskaninchen einer großen Idee werden, wobei der gute, große Zweck wieder die böartigen und kleinlichen Mittel rechtfertigen könnte ...“

Und genau das war die Stimmung eines Teils der damaligen DDR-Bürger, die sofort den Anschluss an die Bundesrepublik wollten und dazu im März 1990 die Allianz für Deutschland gewählt haben. Das waren 48 Prozent der Stimmen. Die sagten: „Keine Experimente mehr, ich will meine Lebenszeit nicht weiter vergeuden!“

Und das hat die Aufrufe Ende 1989, die DDR zu erhalten und zu reformieren, damals schon illusorisch gemacht. Auch viele Leute in der Bürgerrechtsbewegung haben schnell mitbekommen, dass große Teile keinen erneuerten Sozialismus, sondern den scheinbar einfacheren Weg der Anpassung an das Erfolgsmodell BRD wollten.

Wie haben Sie und Ihre Kollegen des Instituts im Wendeherbst reagiert? Konnten Sie dann noch arbeiten und wenn ja, was haben Sie getan?

Also im Prinzip passierte in der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, weil wir eine Parteieinrichtung waren, empirisch nicht mehr viel. Wir, also einige jüngere Leute, haben uns dann zusammengeschlossen und gesagt: „Wir machen jetzt Meinungsforschung. Wir haben alle Möglichkeiten.“ Ab November 1989 haben wir regelmäßig demoskopische Analysen durchgeführt. Das wurde später auch als Sammelband veröffentlicht. Wir haben die Wahlen demoskopisch begleitet, aber auch danach Stimmungsbilder erhoben, also etwa: Welche Erwartungen hatten

die Leute an die Einheit?

„Das Bild der Bundesrepublik speiste sich aus Werbung und Verwandtschaftsbesuchen“

Bleiben wir gern dabei. Welche Erwartungen hatten die Ostdeutschen denn an die Einheit?

Die Mehrheit der Leute wusste nicht, was auf sie zukommt. Das Bild der Bundesrepublik speiste sich bis dahin im Prinzip nur aus dem, was die Leute aus der Werbung kannten und aus dem, was sie bei Besuchen im Westen gesehen hatten. Diese Wahrnehmungen waren euphorisch und selektiv. Man sah das Warenangebot, das Bild der Innenstädte und die Kleidung der Westdeutschen. Das war natürlich alles anstrebenswert. Was man auf den ersten Blick aber nicht sah, war, dass es auch in dieser Gesellschaft soziale Verwerfungen und Armut gibt. Dass das Leben im Westen beziehungsweise sich diesen Konsumwohlstand individuell zu sichern, mit sehr vielen Anstrengungen verbunden ist. Die Ostdeutschen wollten den Wohlstand auch, hatten im Hinterkopf aber natürlich noch ihre DDR-Sozialisation.

„68 Prozent der Ostdeutschen wollten 1990 das Volkseigentum beibehalten“

Viele haben sich eingebildet, man könne wesentliche Elemente der DDR beibehalten. Wir hatten in unseren Befragungen da aus heutiger Sicht ganz viele eigentümliche Aussagen dazu. Zum Beispiel was mit dem Volkseigentum passieren soll. Interessant ist zum Beispiel unsere Untersuchung aus dem Februar 1990.

Da waren 68 Prozent der Befragten der Meinung, dass das Volkseigentum als dominierende Rechtsform der Volkswirtschaft weiter bestehen bleiben sollte. 74 Prozent sprachen sich dafür aus, das private Betriebe nicht über die Größenordnung kleiner und mittlerer Betriebe hinausgehen sollten. 61 Prozent der Befragten stimmten in vollem Umfang zu, dass kommunales und genossenschaftliches Eigentum an Wohnungen weiter durch staatliche Subventionen vor dem Zugriff privater Vermieter geschützt werden sollte. Nur 14 Prozent waren dagegen. Da hat es ganz eigene Vorstellungen im wirtschaftspolitischen Bereich gegeben.

Aber auch im politischen Bereich. In derselben Umfrage haben sich 48 Prozent der Wähler in der DDR dafür ausgesprochen, dass der Prozess des Zusammenwachsens beider deutscher Staaten schneller als der europäische Einigungsprozess verlaufen sollte und dass beide Staaten den Prozess der Vereinigung gleichberechtigt gestalten müssten. Für den unverzüglichen Beitritt der DDR zur BRD und für die Übernahme des bundesdeutschen Systems im Osten waren in dieser Studie nur elf Prozent. Der Rest ging von einer Art mehrjährigem Übergangsprozess aus. So klar und einfach wie Medien und Politik das heute darstellen, war es nicht. Einige wollten die schnelle Einheit, aber viele haben auch die Risiken gesehen.

„75 Prozent wollten 1990 die Auflösung von NATO und Warschauer Pakt“

Zu diesem Zeitpunkt gab es noch sehr viele Unklarheiten. Das war vor der Volkskammerwahl und man wusste damals auch noch nicht, ob sich die UdSSR mit der Entwicklung so einfach abfinden würde. Zu dieser Zeit haben auch 75 Prozent gesagt, dass NATO und Warschauer Vertrag abrüsten und letztlich vollständig aufgelöst

werden müssten.

Ende Mai 1990, also kurz vor der Währungsunion, haben wir eine Umfrage speziell zu deutschlandpolitischen Themen durchgeführt. Da haben wir unter anderem nach den Gründen der Vereinigungsbefürworter für ihre Meinung gefragt. Die Antworten widerlegen einfache Erklärungsmuster von heute.

Von denjenigen, die die Einheit wollten, begründeten das 33 Prozent damit, dass sie sich als Deutsche fühlen und in einem einheitlichen deutschen Staat leben wollten. Die DDR hatte diesen nationalen Aspekt jahrelang unterschätzt. 20 Prozent sagten, sie wollen einen Lebensstandard erreichen, wie er in die BRD üblich ist. Ein weiteres Fünftel befürwortete vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und gemeinsamer kultureller Werte die Einheit. Acht Prozent meinten, dass sie in einem einheitlichen Deutschland bessere persönliche Entwicklungsmöglichkeiten hätten.

Wir haben auch die Gegner der Einheit gefragt, warum sie dagegen sind. Dort dominierte die Angst vor den sozialen Härten und der Wunsch nach einem eigenen Weg der DDR, da die Vereinigung nicht gleichberechtigt verlaufen werde.

„40 Prozent wollten eine völlig neue Verfassung für das vereinigte Deutschland“

Wir haben auch die Meinungen zur Verfassung des vereinten Deutschlands erhoben. 40 Prozent aller Befragten wollten für das vereinigte Deutschland die Erarbeitung einer völlig neuen Verfassung. 23 Prozent wollten ein modifiziertes Grundgesetz. 19 Prozent wollten es unverändert lassen, aber einige Sonderregelungen für die neuen Bundesländer einfügen. Nur acht

Prozent waren für eine komplette Übernahme des Grundgesetzes ohne Änderungen und fünf Prozent wollten, dass die vom Zentralen Runden Tisch der DDR neu ausgearbeitete Verfassung für ganz Deutschland gelten sollte. Große Teile wollten auch eine Volksabstimmung über die neue Verfassung.

Daran sieht man, dass die Vorstellungen im Vereinigungsprozess ganz andere waren, als es dann gekommen ist. Das große Erwachen kam danach. Da hat man gemerkt, jetzt gilt das Grundgesetz, alles ist anders. Von einem gleichberechtigten nationalen Diskurs über das zukünftige deutsche Zusammenleben war keine Rede mehr. Das hat ernüchtert.

„Gerade die Gruppe der Arbeiter, die mehrheitlich die schnelle Einheit wollte, wurde zuerst arbeitslos.“

Im seinem Buch „Die Übernahme“ zitiert der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk ebenfalls eine Umfrage aus dem Frühjahr 1990 (1). Darin wurden die Hauptängste der DDR-Bürger abgefragt. Da nannten die Menschen vor allem Umweltverschmutzung und steigende Kriminalität. Erstaunlich für mich ist, dass Arbeitslosigkeit ziemlich weit hinten rangierte. Ist diese Unterschätzung der realen Gefahren der Wiedervereinigung auch auf die DDR-Sozialisation zurückzuführen? In der DDR war Arbeitslosigkeit ja keine reale Bedrohung.

Das ist sehr interessant und korrespondiert mit den Ergebnissen der DDR-Volkskammerwahl 1990. Damals fuhr die Allianz für Deutschland besonders hohe Wahlergebnisse in den Südbezirken, in den Mittelstädten und im grenznahen Bereich ein, also in besonders vernachlässigten Gegenden der DDR. Hinzu kommt, dass 60 Prozent der Arbeiter Parteien der Allianz für Deutschland wählten. Diese

Gruppe hat bewusst so gewählt, weil sie einen schnellen Anschluss an die Bundesrepublik wollte. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, wenn man diesen Leuten damals gesagt hat: „Bei dieser Wahlentscheidung müsst ihr aber auch Arbeitslosigkeit akzeptieren.“

Da haben die einen ausgelacht und gesagt: „Was denn? Wir sind produktiv tätig, wir haben uns immer angestrengt, wir sind leistungsbereit. Gebt uns die anständigen Maschinen! Gebt uns die Westtechnologie und wir werden keinerlei Probleme haben!“

Man war damals der Meinung, dass Arbeitslosigkeit eher diejenigen trifft, die zu den Funktionseliten gehörten. Also Ingenieure, Verwaltungsleute und so weiter. Aber als nach der Währungsunion die osteuropäischen Märkte für die ostdeutschen Betriebe wegbrachen, weil man nun die Löhne in D-Mark zahlen musste und die Kunden in Osteuropa keine Devisen für den Import der ostdeutschen Produkte hatten, da hat die Arbeitslosigkeit genau die soziale Gruppe der Arbeiter getroffen, die zuvor mit ihrer Wahlentscheidung den unverzüglichen Beitritt der DDR zur BRD herbeigeführt hatte. Das ist einerseits paradox, andererseits aber absehbar gewesen. Der Deindustrialisierungsprozess ist vor allem zu Lasten der Arbeiter gegangen. Ihre Leistungsbereitschaft war unerheblich.

Ich nehme an, dementsprechend haben sich auch die Umfrageergebnisse in den folgenden Jahren gedreht.

Ja, es gab eine starke Verschiebung hin zu den existenziellen Themen. Aber ich persönlich habe mich in dieser Zeit eher auf Marktanalysen für große Unternehmen konzentriert.

Wie ging es denn mit Ihnen und Ihren Kollegen aus der DDR-Sozialforschung nach 1990 beruflich weiter?

Ich habe die Wendezeit für mich persönlich als große Chance gesehen, weil es plötzlich eine neue Freiheit der Forschung gab. Ich musste mir nichts mehr genehmigen lassen. Mir wurden die Zahlen sozusagen aus den Händen gerissen – von den Medien beispielsweise oder westdeutschen Marktforschungsinstituten, die alle damit beschäftigt waren, „den Ossi“ zu ergründen. Das war ja sowas wie der Yeti. Wir haben damals ziemlich schnell Angebote von westdeutschen Instituten bekommen, mit denen gemeinsam Marktforschung zu betreiben. Das haben wir auch erfolgreich getan. Für mich persönlich war das also sehr positiv.

„Die DDR-Soziologie wurde gnadenlos abgewickelt.“

Wenn ich mich aber umschaue, welcher DDR-Soziologe und welche Einrichtungen da noch übrig geblieben sind, dann ist das sehr überschaubar. Im universitären Bereich hat man die Soziologen im Lehrbetrieb gnadenlos abgewickelt und die Institute, die häufig als Vereine oder Stiftungen weiterarbeiteten, mussten schwer um Fördergelder kämpfen. Den DDR-Sozialforschern wurde im Nachgang aus dem Westen oft Systemnähe und methodische Rückständigkeit vorgeworfen. Das war völliger Unfug. Wir waren wissenschaftliche Exoten, die mit ihren Erhebungen und deren Ergebnissen den politischen Entscheidern oft lästig fielen. Natürlich ging es darum, das DDR-System zu verbessern und effizienter zu machen. Das mag man als Systemnähe denunzieren, es wird aber der damaligen Situation der empirischen Forschung in der DDR nicht gerecht.

Und hinsichtlich der Forschungsmethodik hatten wir zum Westen keinen Rückstand. Wir konnten sofort mit unseren Westpartnern kooperieren. Ich habe in den letzten 30 Jahren mit vielen Marktforschungsinstituten aus der Bundesrepublik

zusammengearbeitet und habe oft festgestellt, wir im Osten waren in vielen Punkten methodisch weiter.

Zum Ende noch ein interessanter Punkt: Ihr Institut hatte im November 1989 auch Mitarbeiter zu den offenen Berliner Grenzübergängen geschickt. Was haben die bei den Gesprächen mit den DDR-Bürgern damals erfahren?

Unsere Interviewer sind zu den Mauerdurchgängen gefahren und haben versucht, Stimmungsbilder einzufangen. Das waren keine repräsentativen Umfragen. Unsere Leute waren da mit kurzen Fragebögen. Und das Ergebnis, das sie mitbrachten, zeigte im Grunde, dass die Ostdeutschen mal rüberfahren wollten, um zu sehen, wie der Westen ist. Die haben das genossen und gesagt:

„Endlich können wir das mal machen. Aber wir bleiben trotzdem in der DDR.“

Das war der Tenor. Sie wollten nicht abhauen, sondern nur mal rüber gucken. Das heißt auch, der Druck, der in den Jahren zuvor auf dem Kessel war, den hätte die DDR schon viel früher abbauen können. Man hätte den Leuten sagen können:

„Ja, ihr dürft reisen. Guckt euch die Welt an. Dann könnt ihr das mit der DDR vergleichen.“

Die Ostdeutschen an der Mauer haben am 10. November völlig entspannt reagiert. Das Wochenende stand an. Sie fuhren rüber, haben geguckt und kamen euphorisch zurück. Sicher sind in den Monaten danach die Ausreisezahlen gestiegen, aber die allermeisten haben in der DDR ihr Leben weitergeführt und sind zur Arbeit gegangen. Es hatte überhaupt nicht diese Dramatik, dass nun alle wegrennen.

<https://www.rubikon.news/spenden>



Uwe Markus, Jahrgang 1958, studierte Soziologie in der DDR und arbeitete dann an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Berlin. 1989 promovierte er über theoretische Ansätze in der Sozialstrukturforschung. Nach der Wende gründete Markus mit Kollegen ein Marktforschungsinstitut und machte sich 1996 als Markt- und Wahlforscher sowie Marketingberater für kleine und

mittlere Unternehmen selbstständig. Parallel arbeitete er als Dozent. Seit 2009 ist er zudem **als Publizist tätig** (<https://www.phalanx-verlag.de/portfolio/>).



Stefan Korinth, Jahrgang 1983, ist freiberuflicher Journalist. Er lebt und arbeitet als Autor und Redakteur in Hannover. Dort studierte er Politikwissenschaften und Soziologie. Für seine Abschlussarbeit forschte er in der Ukraine. Seine journalistischen Arbeitsschwerpunkte sind politische und historische Themen sowie der Ukraine-Konflikt. Er schreibt für mehrere unabhängige Online-Medien und eine Nachrichtenagentur. Gemeinsam mit Ulrich Teusch und Paul Schreyer gründete er das Magazin **Multipolar** (<https://multipolar-magazin.de/>).

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.